

Was bedeutet die aktuelle Inflation?

Zusammenfassung

- Die Inflation im Juni 2022 beträgt 8,7%, Spitzenwerte von bis zu 10% für 2022 erwartet
- Gewerkschaften stabilisieren durch KV-Verhandlungen die Kaufkraft und die Inlandsnachfrage
- Durch das nach oben schaukeln von Gewinnen und Preisen droht eine Gewinn-Preis-Spirale

Was ist Inflation und wie wird sie gemessen?

Die Inflation misst, um wie viel Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum im Durchschnitt teurer werden. Gemessen wird die Inflation anhand eines Warenkorb, der die Güter und Dienstleistungen beinhaltet, die ein Haushalt im Durchschnitt konsumiert. Enthalten sind u.a. Nahrungsmittel wie verschiedene Brotsorten, Müsli, Schnitzel, Butter, Joghurt, Tee, diverse Obst und Gemüsesorten, aber auch verschiedene Aspekte der Bekleidung, Wohnen, Energie, Verkehr und Freizeitaktivitäten.

Die Inflation macht den Unterschied zwischen Nominallohn und Reallohn deutlich. **Während der Nominallohn der Wert ist, der auf dem Lohn- oder Gehaltszettel steht, gibt der Reallohn an, was man sich davon real kaufen kann.** Könnte man sich beispielsweise 2021 für 50 Euro noch rund 34 Stück Butter kaufen, kann man sich 2022 nur mehr rund 20 Butter kaufen. In anderen Worten mit steigenden Preisen sinkt der Reallohn bzw. die Kaufkraft.

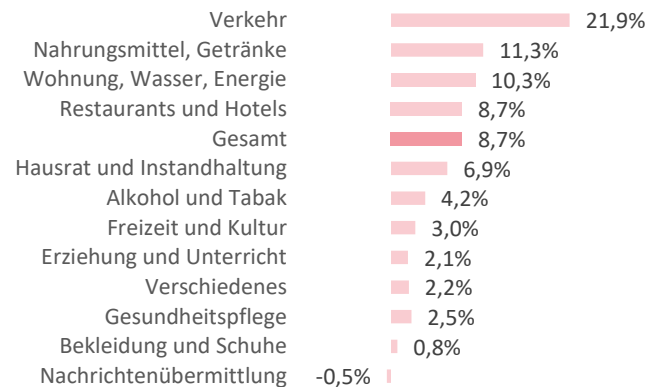
Warum steigt die Inflation gerade so stark?

Die Inflation steigt bereits seit Ende letzten Jahres und damit schon vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Grund dafür waren zunächst pandemiebedingte Lockdowns, die zu einem Herunterfahren der Produktion und Dienstleistungen führten. Mit den Lockerungen sprang die Nachfrage stärker an als die Produktion (Angebot), was seit Mitte 2021 die Preise nach oben treibt.

Neben der steigenden Nachfrage gibt es durch Unterbrechungen in den Lieferketten aber auch noch immer Angebotsengpässe. Betroffen sind davon beispielsweise wichtige Güter wie Halbleiter und Schiffscontainer. Der Energiebereich ist von der Teuerung besonders betroffen, hier trifft das reduzierte Angebot (u.a. durch Wetterextreme und geopolitische Spannungen) auf eine starke wetterbedingte und konjunkturelle Nachfrage und mögliche spekulative Entwicklungen. **In Österreich führt das zu einem Energie(preis)problem.** Rund 1/3 der Inflation basiert auf den enormen Preissteigerungen für Rohöl, Gas und Strom.

Viele der Wirtschaftsforscher:innen gingen noch Ende 2021 davon aus, dass die hohe Inflation ein temporäres

Inflation Juni 2022 gegenüber Juni 2021



Phänomen sei und nach einem Aufholen des Konsumrückstaus und der Normalisierung der globalen Wertschöpfungsketten wieder zurück gehen würde. Durch den Krieg in der Ukraine steigen nun die Rohstoffpreise aber deutlich stärker als vermutet, weshalb nun mit höheren Inflationsspitzen und einer längeren Phase der Inflation zu rechnen ist.

Aktuelle und prognostizierte Inflation

Die **Inflation für Juni 2022 liegt bei 8,7%**, das ist der höchste Wert seit September 1975. Der Durchschnitt über die letzten 12 Monate liegt bei 5,2% und ist somit auch deutlich höher als in den Vorjahren. **Im Laufe des Jahres werden noch Spitzen von bis zu 10% erwartet.** Die Gesamtjahresinflation wird aktuell auf rund 8% geschätzt. Konkret sind noch Steigerungen bei Energie, Lebensmittelpreisen und den Mieten zu erwarten, was sich auch am Wocheneinkauf zeigt, der im Vergleich zum Vorjahr um 18,8% teurer geworden ist.

Die Inflationsrate ist ein durchschnittlicher Wert über alle Haushalte und bildet die unterschiedliche Höhe der Inflation entlang der Einkommensverteilung nicht ab. Für einen normalen Haushalt sind die wichtigsten Warengruppen Lebensmittel, Wohnen/Energie und Mobilität – weil diese drei zusammen knapp 50% der Gesamtausgaben ausmachen. **Je niedriger das Einkommen ist, desto mehr fallen diese Ausgaben ins Gewicht.** Essen, Wohnen, Heizen und zur Arbeit fahren muss jeder Mensch. Gerade für Wohnen und Energie sind die Preise in den letzten Jahren besonders gestiegen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die Inflation gefährdet die Kaufkraft und damit den materiellen Wohlstand, wenn Gehälter, Löhne und Sozialausgaben nicht mithalten. **Die Gewerkschaften** sichern den Arbeitnehmer:innen durch Gehaltsverhandlungen nicht nur einen fairen Anteil der Wirtschaftsleistung, sondern stabilisieren und **sichern die Kaufkraft, was die unmittelbaren Auswirkungen steigender Preise abschwächt und gleichzeitig die Inlandsnachfrage sichert**. In der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 erzielten die Gewerkschaften in Österreich hohe Reallohnzuwächse, was die Inlandsnachfrage stabilisierte und womit Österreich deutlich besser durch die Krise gekommen ist als viele andere Mitgliedsstaaten der EU.

Die zentralen Größen für die Gewerkschaften bei den Gehaltsforderungen sind einerseits die durchschnittliche Inflation der letzten 12 Monate und andererseits die Produktivitätssteigerung (Benya-Formel). Damit beruhen

Benya-Formel

Lohnsteigerung = Inflation + mit-telfristiger gesamtwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs

die Forderungen nicht auf Erwartungen oder Prognosen und wirken somit preisstabilisierend. Von 1995 bis 2020 sind die Verbraucherpreise insgesamt um 55,6% gestiegen, der Tariflohnindex jedoch um 79,4%. Das heißt, dass kollektivvertraglichen Mindestgehälter dank der Gewerkschaften stärker wuchsen als die Inflation. Die Gewerkschaften sicherten somit einen Teil der Produktivitätszuwächse für die Arbeitnehmer:innen. Dies ist aktuell auch nicht anders: Die durchschnittliche Inflation von Mai 2021 bis April 2022

liegt bei 4,3%. Die Lohnabschlüsse gleichen das zum größten Teil aus (Frühjahrsabschlüsse: Elektroindustrie +5%, Chemische Industrie + 4,9%, Papierindustrie 4,9%).

Die Gewinn-Preis-Spirale

Die immer wieder in die Debatte eingebrachte Gefahr der Lohn-Preis-Spirale besagt, dass, wenn die Löhne unverhältnismäßig steigen, die Unternehmen die steigenden Kosten auf die Güterpreise weitergeben und dadurch Inflation entsteht. Da die Gewerkschaften aber die vergangene Inflation sowie die Produktivitätszuwächse der Branchen für ihre Forderung heranziehen und keine Erwartungen, wird hier nur ein altes Märchen aufgewärmt. Die Lohnstückkostenentwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig, dass die Lohnkosten keine Ursache für die Inflationsbeschleunigung sind. Tatsache ist, dass es in den letzten 25 Jahren global nirgends zu einer Lohn-Preis-Spirale kam. Mit den Worten unseres Präsidenten: „Zuerst steigen immer die Preise, dann die Löhne“.

Die **Gefahr einer Gewinn-Preis-Spirale** hingegen besteht, da sich die Preise und Gewinne der Unternehmen teilweise gegenseitig nach oben schaukeln.

- Mieten steigen, weil die Inflation steigt. Die Inflation steigt momentan hauptsächlich aufgrund der Energiepreise, was zu einer Teuerung bei den Strom- und Heizkosten für die Mieter:innen führt. Diese zahlen also doppelt (Energie- und Mieterhöhung), während die Vermieter:innen profitieren.
- In der Pandemie wurde die Umsatzsteuer für bestimmte Produkte gesenkt (entgegen dem Preisgesetz mussten diese Preissenkungen aber nicht an die Verbraucher:innen weitergegeben werden). Obwohl die Preise also nicht gesenkt wurden, wurden mit der Wiederangleichung der Umsatzsteuersatz von 5% auf 10% die Preise in der Gastronomie und Hotellerie aber angehoben. Im März 2022 betrug die Preissteigerung in diesem Bereich 6,6%, im Juni liegt sie inzwischen sogar bei 8,7%.
- Die Energieversorgungsunternehmen, die kostengünstig mit dem Einsatz von Wasser, Sonne und Wind Strom erzeugen, profitieren vom enormen Anstieg der Verkaufspreise und machen unerwartet hohe Gewinne, denen keine Kosten gegenüberstehen. Ebenso die Mineralölkonzerne, deren Gewinnspanne sich in den letzten Wochen um das 1,5-fache erhöhte. Diese Übergewinne heißen Wind Fall Profits.

In vielen anderen Branchen wird der allgemeine Preisauftrieb zur Erhöhung der Gewinnaufschläge genutzt. Die Gewinn-Preis-Spirale trägt somit wesentlich zu den höheren Preisen auf Verbraucher:innenebene bei.

ÖGB-Forderungen

Darüber hinaus müssen seitens der Regierung sinnvolle und funktionierende Instrumente gesetzt werden, um die Teuerungen abzufedern. Vor allem auch für jene, die nicht erwerbstätig sind und somit nicht von den KV-Verhandlungen profitieren. Wir fordern daher:

- Senkung der Preise für Energie und Treibstoffe
- Reform der Pendlerpauschale in Richtung einkommensunabhängiger Absetzbetrag
- Erhöhung des Kilometergelds (von 0,42 € auf 0,60 €)
- Mehrwertsteuer bei ÖV-Tickets senken bzw. aussetzen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Valorisierung der Steuerfreibeträge, SEG-Zulagen, Diäten etc. und der Sozialleistungen
- Mietenzwang: Aussetzung Richtwertmieten
- Ausgleich der kalten Progression
- Anhebung des Arbeitslosengeldes, der Mindestsicherung und der Notstandshilfe
- Preiskontrolle durch die Preiskommission und all-fällige Preisregulierungen
- Besteuerung der Wind Fall Profits = Abschöpfung der Übergewinne